

Keil. Erstens, in der Folge der Französischen Revolution und der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung sind Ideen in die Welt gesetzt worden, die zwar ursprünglich westlicher Herkunft waren, die aber heute in der ganzen Welt eine unvergleichliche Macht entfalten. An dieser eindrucksvollen Tatsache kommt auch der sophisticatedeste "Werterelativierer" nicht vorbei. Es gibt so etwas wie eine Tendenz zur "demokratischen Weltrevolution" (Martin Kriele), und sie hat China erfaßt. Eine Schlacht ist verloren, nicht der Krieg! Zweitens, den chinesischen Studenten mangelnde Kenntnisse dessen vorzuwerfen, was die Demokratie eigentlich ausmacht, ist schlichtweg abgeschmackt. Als ob es nur um einige 10.000 Studenten ginge! Die Protestbewegung wurde vom aufgeklärten Teil der gesamten chinesischen Gesellschaft getragen, und dieser Teil ist der für die Zukunftsentwicklung Chinas wichtigste. Der entwicklungsstragenden Schicht eines Landes vorzuwerfen, sie wüßte nicht, was für ihr eigenes Land gut sei, grenzt an unerträgliche Überheblichkeit. Drittens, es wurde bereits erwähnt, daß sich die beiden letzten Parteichefs nacheinander zu den stärksten Befürwortern konsequenter politischer Reformen entwickelten. Wenn die höchsten, für den konkreten nationalen Entscheidungsprozeß zuständigen Personen des Landes die Forderungen nach Demokratisierung zumindest teilweise als patriotisch, vernünftig und gerechtfertigt einstufen, in wessen Namen kann man dann noch behaupten, Demokratisierungsvorgänge seien der chinesischen Gesellschaft abträglich? Im Namen der "älteren Kameraden mit großem Prestige", deren Persönlichkeiten vor mehr als einem halben Jahrhundert geprägt wurden? Oder im Namen eines sinologischen Traditionskultes?

Anmerkungen

- 1) Liu Jen-Kai, Hu Yaobang - eine Biographie, C.a., April 1989, S.261.
- 2) Ebenda, S.263.
- 3) Dokumentation, Die Geheimrede von Chinas Staatspräsident Yang Shangkun vor der Zentralen Militärkommission in Beijing am 24.Mai, Handelsblatt, 14.6.1989.
- 4) C.a., April 1989, S.246.
- 5) Handelsblatt, 14.6.1989.
- 6) Ebenda.
- 7) Zhang Jie, Chengzhong de chibang, Beijing, 1981, S.240, entnommen aus: Helmut Martin (Hrsg.), Kölner Workshop 1984 chinesische Gegenwartsliteratur, Köln, 1986, S.69.

Peter Schier

Das Gespenst der Demokratie und der Machtkampf an der Führungsspitze

- Zum Stand, den Hintergründen sowie den Perspektiven der intraelitären Auseinandersetzungen in China

"Ein Gespenst geht um im Reich der Mitte, das Gespenst der Demokratie..."

So oder ähnlich hätten wahrscheinlich die revolutionären Leitfossilien Karl Marx und Friedrich Engels die Vorgänge in China im April und Mai 1989 in Anlehnung an ihr *Kommunistisches Manifest* kommentiert.

Spätestens seit Mitte Mai beschränkte sich der öffentliche Protest in Chinas Städten nicht mehr nur auf die Studenten. Deren Kritik an der weitverbreiteten Korruption der Funktionärsklasse und ihre Forderungen nach einer Demokratisierung der chinesischen Gesellschaft hatten mittlerweile breite öffentliche Unterstützung aus allen städtischen Bevölkerungsschichten erfahren. Selbst Angehörige der Polizei und der Armee hatten sich solidarisch mit den Studenten erklärt. Die eindrucksvollen gewaltlosen Massendemonstrationen von Millionen von Menschen in den letzten Wochen waren ohne Zweifel der bisherige Höhepunkt der demokratischen Bewegung in China.

Die Demonstrationen von Millionen von Studenten, Arbeitern und Angestellten in Peking und anderen Städten Chinas machten aber auch für jedermann deutlich, daß die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) 40 Jahre nach ihrer Machtübernahme in einer ihrer schwersten Krisen steckt, wenn nicht sogar in der schwersten Krise ih-

rer fast 70jährigen Geschichte. Die politische und ideologische Vertrauenskrise, mit der die Partei bereits seit Jahren konfrontiert ist, hatte sich zu einer echten Autoritätskrise ausgeweitet. Dieser Autoritätsverfall war in den Mai-Wochen offener denn je zu Tage getreten:

- Die Studenten hatten die wiederholten ernststen Mahnungen und Protestverbote der Parteiführung in den Wind geschlagen, hatten die Bestimmungen des Kriegsrechts mißachtet, waren im Mai fast täglich auf die Straße gegangen und hatten seit Wochen den Platz des Himmlischen Friedens besetzt gehalten, um ihrer Unzufriedenheit mit der Parteiführung, vor allem mit dem konservativ-orthodoxen Flügel, Ausdruck zu verleihen und mehr Demokratie und weniger Parteiherrschaft zu fordern.
- Im Gegensatz zu früheren studentischen Protestaktionen und gegen den erklärten Willen der Partei schien diesmal ein großer Teil der städtischen Bevölkerung die Kritik der Studenten an der Partei und ihre Forderungen zu unterstützen.

Doch nicht nur die Studenten, Intellektuellen und Arbeiter schienen der Partei buchstäblich wegzulaufen, sondern auch ein Teil der eigenen Leute:

- So weigerten sich in Peking Parteimitglieder offenbar massenhaft, dem Aufruf der Parteiführung Folge zu leisten und an Kundgebungen gegen

die Aktionen der Studenten teilzunehmen und für die Aufrechterhaltung der Alleinherrschaft der Partei auf die Straße zu gehen. Tatsächlich brachte die Partei im Stadtzentrum von Peking mangels loyaler "Massen" keine einzige Gegendemonstration zustande, während die Studenten fast täglich Hunderttausende zu mobilisieren vermochten.

- Schlimmer noch: Eine große Zahl von Journalisten in den von der Partei kontrollierten Massenmedien sympathisierte mehr oder weniger offen mit den Forderungen der Studenten nach Pressefreiheit, echter Gewaltenteilung und nach mehr Demokratie.

- Als vorläufiger Höhepunkt des massenhaften Ungehorsams gegenüber der Kommunistischen Partei war die Befehlsverweigerung einer Eliteeinheit der Chinesischen Volksbefreiungsarmee anzusehen, die nach dem Willen der konservativen Parteiveteranen um Deng Xiaoping und Yang Shangkun gegen die friedlich demonstrierenden Studenten mit Gewalt vorgehen sollten.

In dieser Situation sah sich der konservativ-orthodoxe Flügel innerhalb der politischen Führung offenbar vor folgende Alternative gestellt:

- Entweder Eingehen auf die Forderungen der Studenten, was gleichbedeutend gewesen wäre nicht nur mit einem weiteren Autoritätsverfall der Partei, sondern auch mit einem baldigen Machtverlust der konservativen Reformkräfte und der orthodoxen Parteiveteranen zugunsten der radikalen Reformkräfte um ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang, oder

- Ablehnung der studentischen Forderungen, gewaltsame Räumung des Platzes des Himmlischen Friedens, Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen, kurzum: Reetablierung der Autorität der Partei und Verteidigung der eigenen Machtposition.

Chinas politische Führung entschloß sich unter maßgeblicher Beteiligung der Parteiveteranen nach längerem Ringen hinter den Kulissen für die harte Lösung: Die Pekinger Studenten, die Demokratie gefordert hatten, ernteten eine blutige Niederschlagung ihrer Bewegung und die Reetablierung der Diktatur stalinistischer Prägung.

Aus den intraelitären Macht- und Richtungskämpfen im Zusammenhang mit den Studentenprotesten scheint eine *Koalition von konservativen Reformkräften und orthodoxen Marxisten-Leninisten* (im folgenden abgekürzt: konservativ-orthodoxe Koalition) als der vorläufige Sieger hervorgegangen zu sein. Gleichzeitig deutet gegenwärtig alles darauf hin, daß der *radikale Reformflügel* um den offenbar entmachteten ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang weitgehend zurückgedrängt worden ist.

Dagegen scheinen Politiker und Militärs politisch überlebt zu haben, von denen es zeitweise hieß, sie seien ebenfalls ausgeschaltet worden. Hierbei handelt es sich um Parlamentspräsident Wan Li, Verteidigungsminister Qin Jiwei, den stellvertretenden Generalsekretär der ZK-Militärkommission Hong Xuezhong und den Kommandanten der Militärregion Peking, Zhou Yibing. Hier scheinen Deng Xiaoping und Yang Shangkun erhebliche Zugeständnisse gemacht haben zu müssen, denn sie sollen ursprünglich beabsichtigt haben, die oben genannten Armeeführer und Politiker zusammen mit Zhao Ziyang, Hu Qili und Bao Tong als "Anti-Partei-Elemente" und "Konterrevolutionäre" zu brandmarken. (Vgl. AW, 9.6.89, S.25-26)

Der Machtkampf könnte sich in groben Zügen wie folgt abgespielt haben, wobei betont werden muß, daß es sich bei dem folgenden Szenario um einen ersten, kurzen Erklärungsversuch handelt, der mit nachprüfbaren Quellen nicht hinreichend belegt werden kann:

Yang Shangkun und seinen konservativen und orthodoxen Gefolgsleuten gelingt es, Deng Xiaoping davon zu überzeugen, daß ein Militärputsch in Peking bevorsteht. Verdächtigt werden die Truppen der Pekinger Garnison und der Pekinger Militärregion. Aus diesem Grund werden Einheiten von Armeekorps anderer Militärregionen nach Peking beordert, darunter auch Einheiten der beiden sehr gut ausgerüsteten Spezialarmekorps, die direkt dem Kommando der ZK-Militärkommission unterstehen, nämlich das 27.-Armeekorps und das 38. Armeekorps.

Am 19. Mai setzt sich innerhalb der Führungsspitze eine konservativ-orthodoxe Koalition durch, die in den Studentenprotesten einen konterrevolutionären Aufruhr sieht und die jeglichen Kompromiß gegenüber den Studenten ablehnt. Da ein Nachgeben ge-

genüber den studentischen Forderungen letztlich in einem Machtverlust der Konservativen und Orthodoxen geendet hätte, bleibt nur die Alternative des harten Vorgehens: Das Kriegsrecht wird ausgerufen und damit der grundsätzliche Beschluß gefaßt, mit militärischer Gewalt gegen die Studenten und die sie unterstützenden Bürger vorzugehen.

Da Deng den Truppen der Pekinger Garnison mißtraut, erhalten das 27. und das 38. Armeekorps den Auftrag, daß Kriegsrecht in Peking durchzusetzen, d.h. letztlich den Platz des Himmlischen Friedens zu räumen. Der Chef der Pekinger Garnison Yan Tongmao und Verteidigungsminister Qin Jiwei, die sich beide gegen ein militärisches Vorgehen gegen die Studenten wehren und deshalb schon auf der politischen Abschußliste stehen, weigern sich, die Einheiten des 27. und des 38. Armeekorps zu versorgen. Hinzu kommt, daß es innerhalb des Kommandos der Einheiten des 38. Armeekorps Offiziere gibt, die sich gegen ein militärisches Vorgehen der "Volksbefreiungsarmee" (VBA) gegen die Studenten aussprechen. Die Krise wird dadurch beigelegt, daß der ursprünglich gegen Zhao Ziyang erhobene Vorwurf der "Konterrevolution" zurückgenommen wird, daß Qin Jiwei, Wan Li u.a. entgegen der ursprünglichen Absicht ihrer konservativ-orthodoxen Gegner im politischen Führungskreis bleiben dürfen und daß man sich darauf verständigt, daß das Militär zwar den Platz des Himmlischen Friedens räumen, aber nicht mit Waffengewalt gegen die Studenten vorgehen soll.

Nachdem die Versorgung des 27. und des 38. Armeekorps gesichert ist, setzt Yang Shangkun innerhalb des Führungskreises durch, daß das 27. Armeekorps gegen die Studenten eingesetzt wird. Das Kommando über das 27. Armeekorps hat Yang Jianhua, ein Sohn von Yang Baibing, der wiederum der jüngere Bruder von Yang Shangkun ist und in der Armee-Zentrale als Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA fungiert. Yang weist das 27. Armeekorps jedoch an, mit äußerster Härte gegen die Studenten vorzugehen. Dieser Befehl wird auch so ausgeführt: Wahrscheinlich werden Tausende von Menschen von den Soldaten massakriert. Die gemäßigten Kräfte in Partei und Armee sehen die Falle, in die sie getappt sind:

- Das 27. Armeekorps hat durch das Blutbad eine politische Lösung des Konflikts endgültig unmöglich ge-

macht. Nun kann es auch für die im Führungskreis noch verbliebenen gemäßigten Kräfte keinen Weg zurück zu Konzessionen gegenüber den Studenten und der Bevölkerung mehr geben. Zu viel Blut ist geflossen, ein Rückzieher wäre tödlich. Jetzt steht die Parteiführung insgesamt mit dem Rücken an der Wand. Die Führung muß den von dem 27. Armeekorps begonnenen Terror gegen die eigene Bevölkerung fortsetzen, um an der Macht bleiben zu können. Nun müssen das Militär und die Staatssicherheit das Problem der demokratischen Opposition 'lösen'.

- Außerdem kontrolliert das 27. Armeekorps das Zentrum Pekings, und ein militärisches Vorgehen gegen diese Truppen würde den Bürgerkrieg bedeuten.

Nach einigem Hin und Her geben die gemäßigten Kräfte nach: Sie haben gegen die Konservativen und Orthodoxen verloren. Mit seiner zumindest nachträglichen Befürwortung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens unterschreibt Deng Xiaoping das Todesurteil für das von ihm initiierte Reformprogramm.

Zum besseren Verständnis der Auseinandersetzungen innerhalb der politischen Führung erscheint es notwendig, die wichtigsten politischen Meinungsgruppen und funktionalen Interessengruppen innerhalb der politischen Elite zu benennen. Seit der weitgehenden Entmachtung der maoistischen Restfraktion, die auf dem XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Herbst 1982 ihren Abschluß fand, setzt sich die politische Führung der Volksrepublik China im wesentlichen aus drei politischen Meinungsgruppen zusammen:

- 1) *Orthodoxe Marxisten-Leninisten* lehnen nicht nur demokratisch orientierte Reformen an der Einparteienherrschaft der KPCh ab, sondern sie kritisieren auch die bisher verwirklichten Wirtschaftsreformen als eine insgesamt viel zu weitgehende Öffnung gegenüber dem "Kapitalismus". Vertreter der orthodoxen Marxisten-Leninisten haben in der Vergangenheit die Wirtschaftssonderzonen als neokolonialistische Enklaven und als Konzessionsgebiete neuen Typs kritisiert. Die weitgehende Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion stellt nach Aussagen

der orthodoxen Marxisten-Leninisten eine Negierung der Errungenschaften der kommunistischen Revolution und einen Schritt zurück in die Zeit vor 1949 dar. Die Vertreter dieser reformfeindlichen Gruppe finden sich vor allem unter den z.T. formell bereits pensionierten Parteiveteranen, die jedoch im Hintergrund noch einen erheblichen Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß ausüben, wie z.B. Peng Zhen (87), Wang Zhen (81), Li Xiannian (80) und Bo Yibo (81). Vor allem in der Zentralen Beraterkommission und in den Beraterkommissionen auf Provinzebene finden sich eine Reihe von Vertretern der orthodoxen Marxisten-Leninisten.

- 2) *Konservative Reformkräfte* lehnen politische Reformen im Sinne einer echten Demokratisierung des Systems der Einparteienherrschaft der KPCh strikt ab. Sie befürworten allerdings eine Aufgabentrennung zwischen Partei- und Regierungsorganen sowie zwischen Partei- und Regierungsorganen auf der einen Seite und staatlichen Wirtschaftsunternehmen auf der anderen Seite. Ziel dieser konservativen politischen Reformer ist also eine Verbesserung der Effizienz des bestehenden politischen Systems, nicht aber seine grundlegende Änderung.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet wollen die konservativen Reformer am Plan als Hauptsteuerungselement der Wirtschaft festhalten und die Ausweitung des Privateigentums strikt begrenzen. Im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten-Leninisten befürworten die konservativen Reformer jedoch die bereits erfolgte Reprivatisierung der landwirtschaftlichen Produktion und die außenwirtschaftliche Öffnung Chinas gegenüber dem Westen. Zu den führenden Persönlichkeiten der konservativen Reformkräfte zählen der Vorsitzende der Zentralen Beraterkommission Chen Yun (84), Ministerpräsident Li Peng (61) und Planungschef Yao Yilin (72).

Deng Xiaoping (85), dem in den Jahren seit Ende 1978 die Rolle des obersten politischen Schiedsrichters in den Auseinandersetzungen zwischen den politischen Meinungsgruppen und funktionalen Inter-

sengruppen zugekommen ist, hat sich mittlerweile offenbar völlig auf die Seite der konservativen Reformkräfte gestellt, nachdem er noch im Frühjahr 1988 eine radikale Preisreform befürwortet hatte. Eine politische Liberalisierung hatte Deng hingegen immer entschieden abgelehnt.

Zu den konservativen Reformkräften zählen auch viele Söhne und Töchter von Führungskadern, die mit Hilfe der Beziehungen ihrer Eltern und aufgrund der unkontrollierten Macht der Bürokratenklasse im Verlauf der Wirtschaftsreform große Reichtümer durch Spekulationsgeschäfte, Korruption und andere illegale Wirtschaftsaktivitäten angehäuft haben. Diese bürokratischen Profiteure der Wirtschaftsreform sind gegen demokratische Reformen, weil diese die Grundlagen ihrer Bereicherung zerstören würden.

- 3) *Radikale Reformkräfte* vertreten die Ansicht, daß sich die Modernisierung Chinas nicht auf den wirtschaftlichen und technischen Bereich beschränken kann, sondern auch den politischen und gesellschaftlichen Bereich umfassen muß. Für sie besteht ein unauflösliches Wechselverhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen. Sie fordern deshalb nicht nur weitgehend marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen, sondern sie befürworten auch schrittweise demokratische Reformen am politischen System.

Über die Frage, ob sich Demokratisierung und die Einparteienherrschaft der KPCh grundsätzlich widersprechen, herrscht Uneinigkeit im Lager der radikalen Reformkräfte. Zumindest nach außen hin haben die Führer des radikalen Reformflügels, der verstorbene frühere ZK-Generalsekretär Hu Yaobang und sein mittlerweile offenbar entmachteter Nachfolger Zhao Ziyang, erklärt, daß eine Demokratisierung durchaus im Rahmen des bestehenden Einparteiensystems verwirklicht werden könne. Einige politische Berater des radikalen Reformflügels halten hingegen Demokratie und Einparteiensystem für nicht vereinbar.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet fordern die radikalen Reformkräfte den Markt als volkswirtschaftliches

Hauptsteuerungselement. Sie wollen die Preise vollständig freigeben, die Betriebe aus der Verfügungsgewalt der Partei und der staatlichen Bürokratie entlassen und soviel Privateigentum wie möglich zulassen. Sie setzen sich für eine weitere wirtschaftliche Öffnung Chinas gegenüber dem Weltmarkt ein und sind zu weiteren Verbesserungen der Investitionsmöglichkeiten ausländischer Unternehmen in China bereit.

Führende Vertreter des radikalen Reformflügels sind der bisherige ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang (70), sein Stellvertreter im ZK-Sekretariat Hu Qili (60), der stellvertretende Ministerpräsident Tian Jiyun (60) und Parlamentspräsident Wan Li (73).

Außer den drei erwähnten politischen Meinungsgruppen gibt es noch drei politisch relevante funktionale Interessengruppen:

1) Die *Armeeführung* scheint mehrheitlich die konservativ-orthodoxe Koalition zu unterstützen. Starken Einfluß scheint Staatspräsident Yang Shangkun zumindest in der Armeezentrale zu haben: Er selbst ist nach Deng Xiaoping der zweithöchste Führer der ZK-Militärkommission, sein jüngerer Bruder Yang Baibing ist Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA, sein Schwiegersohn Chi Haotian ist VBA-Generalstabschef und ein Neffe von ihm, Yang Jianhua, ein Sohn von Yang Baibing, ist Kommandeur des berüchtigten 27. Armeekorps. Innerhalb der Armeeführung gibt es allerdings auch einige ältere Armeeführer, die den Einsatz von Soldaten gegen friedlich demonstrierende Studenten und Bürger ablehnen. Zu dieser Gruppe sollen u.a. die beiden alten Marschälle Nie Rongzhen (90) und Xu Xiangqian (88), General Hong Xuezhi (76), Zhang Aiping (79), Yang Dezhi (79), General Chen Zaidao (80) und Verteidigungsminister Qin Jiwei (75) zählen. Sie alle scheinen jedoch in den letzten Jahren erheblich an Einfluß innerhalb der Armee verloren zu haben.

2) Der *Sicherheitsapparat* von Partei und Staat unter der Führung von Qiao Shi, der die Bewaffnete Volkspolizei, den Staatsschutz, die Staatsanwaltschaften, die Gerichte

und die Gefängnisse und Arbeitslager kontrolliert. Von ihrer Funktion her tendiert die Sicherheitsbürokratie - ebenso wie das Militär - eher zu konservativ-orthodoxen Positionen. Ruhe und Ordnung sind ihr oberstes Gebot.

3) Die *staatliche Planungs- und Industriebürokratie* scheint sich mehrheitlich aus konservativen Reformkräften zusammensetzen, da die Verwirklichung der Vorstellungen der radikalen Reformkräfte, die auf eine Entbürokratisierung der Wirtschaft und auf die Entlassung der Staatsbetriebe aus der Kontrolle durch die staatliche Bürokratie hinauslaufen, erhebliche Machteinbußen für sie zur Folge hätte.

Zwar scheint die von Deng Xiaoping, Li Peng und Yang Shangkun gebildete konservativ-orthodoxe Koalition gegenwärtig über eine Mehrheit innerhalb der politischen und militärischen Führung zu verfügen, doch die dieser Koalition gegenüberstehenden Hindernisse sind erheblich:

- Die Führung der konservativ-orthodoxen Koalition setzt sich in ihrer großen Mehrheit aus alten und uralten Politikern zusammen, so daß diese Koalition der Politiker von gestern und vorgestern allein physisch gesehen keine Zukunft hat. Die mächtigen Uraltpolitiker Deng Xiaoping, Yang Shangkun, Peng Zhen, Wang Zhen usw. werden in absehbarer Zeit versterben, und der Tod eines jeden könnte zu heftigen Nachfolgekämpfen und politischer Instabilität führen. Dies gilt insbesondere im Fall des Ablebens von Deng Xiaoping und Yang Shangkun.

- Die Mehrheit der Intellektuellen auch in den staatlichen Forschungsinstituten für Politik und Wirtschaft scheint sehr stark mit den Positionen der radikalen Reformkräfte zu sympathisieren. Das scheint im übrigen auch für die Mitarbeiter der naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute zu gelten. Sehr wahrscheinlich wird sich die große Mehrheit der Intellektuellen durch eine passive Haltung weigern, im Interesse der Politik der konservativ-orthodoxen Koalition zu arbeiten.

- Da die Positionen der Studenten und der radikalen Reformkräfte in großen Teilen der städtischen Bevölkerung offenkundig populär sind und

Unterstützung erfahren haben, dürfte sich die Übernahme der Macht durch die konservativ-orthodoxe Koalition demotivierend auf viele Arbeiter und Angestellte in staatlichen Betrieben und Institutionen auswirken. Dies könnte negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung haben.

- Die Wirtschaftspolitik der konservativ-orthodoxen Koalition, die Verweigerungshaltung großer Teile der städtischen Bevölkerung und darunter vor allem der Intellektuellen sowie die bereits heute absehbaren Rückschläge im außenwirtschaftlichen Bereich (Rückgang des Tourismus, Ausbleiben von ausländischen Investitionen, Suspendierung der internationalen Wirtschaftshilfe) könnten sehr wohl in einer wirtschaftlichen Rezession enden, die zu einer erheblichen Verschärfung der sozialen Widersprüche und der innenpolitischen Instabilität führen würde. Bei einem wirtschaftlichen Einbruch wird sich möglicherweise die Frage eines Macht- und Kurswechsels erneut akut stellen.

- Nicht übersehen werden darf auch, daß die konservativ-orthodoxe Koalition unterschiedliche Ansichten in der Frage der Wirtschaftsreform vertritt: Während die orthodoxen Marxisten-Leninisten von einer weitgehenden Zurücknahme der wirtschaftlichen Liberalisierung träumen, wollen die konservativen Reformer lediglich zurück zum Plan als dem volkswirtschaftlichen Hauptsteuerungselement unter Beibehaltung von Nischenmärkten, einem begrenzten privaten Dienstleistungsgewerbe und der außenwirtschaftlichen Öffnung. Beide Positionen erscheinen jedoch auf längere Sicht nur sehr schwierig miteinander vereinbar.

Insgesamt gesehen, erscheint die konservativ-orthodoxe Koalition nur als eine Übergangsführung, der große Teile der Intellektuellen und der städtischen Bevölkerung ihre aktive Unterstützung verweigern, während die ländliche Bevölkerung bisher keine Partei ergriffen zu haben scheint. Letzteres könnte sich jedoch ändern, wenn es zu einem wirtschaftlichen Einbruch kommt. In diesem Fall wird sich die Landbevölkerung wohl eher auf die Seite der radikalen Reformkräfte schlagen. Dies gilt insbesondere für die Bauern in der Nähe der Städte, die von

den Landwirtschaftsreformen materiell profitiert haben. Bei jenen Bauern, für die die Reformen keine materiellen Vorteile gebracht haben (gegenwärtig mindestens 80 Millionen), dürften sich hingegen bereits heute vorhandene Ansichten verstärken, die eine Rückkehr zum Egalitarismus der Mao-Ära befürworten.

Eine Modernisierung Chinas und der Anschluß des Reiches der Mitte an die entwickelte Welt erscheinen hingegen nur möglich, wenn zu dem von den radikalen Reformkräften vertretenen Kurs marktwirtschaftlich orientierter Wirtschaftsreformen und demokratisch orientierter politischer Reformen zurückgekehrt wird. Einiges spricht dafür, daß sich letztlich die radikalen Reformkräfte durchsetzen werden. Doch die Frage ist: Wann? Mitentscheidend für die zeitliche Länge des Überlebens der konservativ-orthodoxen Koalition dürfte sein, ob es ihr gelingt, eine wirtschaftliche Rezession zu verhindern und den Lebensstandard der Stadtbevölkerung und der Intellektuellen wieder zu erhöhen. Der entscheidendste Faktor dürfte jedoch nach wie vor das Verhalten der Armeeführung sein.

Noch Mitte der 80er Jahre hatte Deng Xiaoping Befürchtungen, daß es nach seinem Tod zu politischen Turbulenzen kommen werde, mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß mit Hu Yaobang als Parteichef und Zhao Ziyang als Ministerpräsident zwei Säulen bereitstünden, die verhindern würden, daß der politische Himmel über dem Reich der Mitte zusammenbreche. Mittlerweile hat Deng diese beiden Säulen selbst gestürzt, und es spricht einiges dafür, daß China nach dem Tod von Deng Xiaoping erneut politische Unruhen erleben wird. Um dies zu verhindern, wird die konservativ-orthodoxe Koalition jetzt alles versuchen, um wirkliche und potentielle Gegner durch Verhaftung oder Einschüchterung als Störfaktoren auszuschalten.

Vieles deutet darauf hin, daß der politische Einfluß der Armee und des Sicherheitsapparats in der kommenden Zeit erheblich anwachsen wird:

- Allein durch das Blutbad vom 4. Juni 1989, bei dem es sich nach offizieller Lesart um die Niederschlagung eines nach konservativ-orthodoxer Logik durchaus konterrevolutionären Aufruhrs handelte, hat sich die VBA, und hier besonders das 27. Armeekorps

und der Militärclan der Familie Yang, große "Verdienste" für die Machterhaltung der orthodoxen Parteiveteranen und der konservativen Reformkräfte erworben. Insofern würde es nicht überraschen, wenn Yang Baibing und Chi Haotian ins Politbüro und Yang Shangkun in den Ständigen Ausschuß des Politbüros aufsteigen würden.

- Die nach Logik der konservativ-orthodoxen Machthaber notwendige Säuberung von Partei und Staat von konterrevolutionären und bürgerlich-liberalen Elementen und die Ausspähung von Feinden der wiederhergestellten alten Ordnung erfordern einen verstärkten Einsatz des gesamten Sicherheitsapparats, der unter der Leitung von Qiao Shi steht. Es wäre nicht überraschend, wenn der neue Parteichef ("ZK-Generalsekretär") Qiao Shi hieße. Der Staatssicherheitschef als ZK-Generalsekretär - dies entspräche dem gegenwärtigen politischen Klima und der stalinistischen politischen 'Kultur', die im Reich der Mitte wieder Einzug gefunden hat.
- Eine absehbare Verschärfung der Wirtschaftskrise dürfte die sozialen Spannungen erhöhen und könnte zu sozialen und politischen Unruhen führen. Deren Unterdrückung erfordert den verstärkten Einsatz des Militärs und der Sicherheitskräfte.
- Ganz allgemein formuliert, scheint die konservativ-orthodoxe Herrschaft in den Augen der Mehrheit der städtischen Bevölkerung jegliche Herrschaftslegitimation verloren zu haben, so daß sich die gegenwärtige chinesische Führung nur noch auf die Armee und den Sicherheitsapparat stützen kann. Beide werden hierfür ihren Preis fordern.

Das Gespenst der Demokratie wird sich in China wohl letztlich nicht verbannen lassen, doch gegenwärtig versetzt erneut das Gespenst des Stalinismus die Menschen im Reich der Mitte in Furcht und Trauer. Der rote Sensenmann fährt wieder einmal eine reiche Ernte ein. Es steht zu befürchten, daß sich an dieser Entwicklung in nächster Zeit nichts ändern wird.